

Landesverband **Niederösterreich**

Unsere Bundesfachtagung 2018

... und was danach geschah

Die letzte Bundesfachtagung im Oktober 2018 in Purgstall an der Erlauf / NÖ stand ja unter dem Motto „**Impulse zur Reform**“.

Seitens des FLGÖ wurde festgehalten, dass die vielen aus langer Verwaltungstradition entstandenen Rechtsvorschriften in Österreich durch die Gemeinden nicht mehr erfassbar, durchschaubar und vollziehbar sind und daher eine Rechtsbereinigung unumgänglich ist, damit wir leitenden Gemeindebediensteten unseren Aufgaben nachkommen können.

Eine Reihe von Themen für verwaltungsvereinfachende Maßnahmen wurden präsentiert und auch im Beisein hochkarätiger Gäste wie Mag. Karl Wilfing (NÖ Landtagspräsident), BGM Mag. Alfred Riedl (Präsident Gemeindebund), BGM Mag. Matthias Stadler (Vorsitzender Städtebund NÖ), Em.o.Univ.Prof. DDr. Heinz Mayer (Verfassungsexperte), SL Dr. Gerhard Hesse (BMVRDJ / Verfassungsdienst) und Dr. Walter Leiss (Generalsekretär Gemeindebund) auch diskutiert.

Erfreulich war schon während der Veranstaltung, dass viele Vorschläge des FLGÖ von den oben erwähnten Gästen geteilt wurden. Offenbar bringen leitende Gemeindebedienstete ihre Anliegen mit gebührendem Hausverstand vor! Die Veranstaltung mündete in der Erstellung eines FLGÖ-Forderungskatalogs, in dem alle unsere Vorschläge an Bund und Länder zusammengefasst wurden.

Danach begannen „**die Tiefen der Ebene**“! Dass es – vor allem, wenn der Föderalismus bei Themen mit hineinspielt - schwer ist, Anliegen in Österreich (rasch) umzusetzen, hat bereits Deregulierungsminister Dr. Josef Moser beim Gespräch mit dem

FLGÖ im Sommer 2018 mit leicht resignierendem Unterton festgestellt.

Wir geben unsere Themen weiter

Unseren Forderungskatalog leiteten wir an die für Umsetzungsmaßnahmen zuständigen Bundes- und Landesstellen sowie an die Gemeindevertretungsorganisationen weiter. Die Möglichkeiten von Umsetzungen sind zu erörtern. Dies übernahm – wegen der Nähe zu den Wiener Zentralstellen – der FLGÖ NÖ. Dieser Prozess ist noch im Laufen und wird sicher noch einige Zeit dauern – „wie schnell in Österreich etwas geht“, ist ja bekannt! Wir bleiben aber dran (zumindest bis wir in Pension gehen)!

Welche Themen haben sich noch aktuell ergeben?

- „Verbesserungen und Klarstellungen betreffend das Personal in Schulen“: Aktuelle Forderung auch durch den Gemeindebund (<https://gemeindegund.at/riedl-aufgaben-beipflichtschulen-entflechten/>)

- „Erleichterungen der Personaladministration in den Gemeinden durch Vereinfachungen und Angleichungen der Gemeindedienstrechte“: Der FLGÖ NÖ bemüht sich, im aktuellen Projekt der Überarbeitung des NÖ Gemeindedienstrechtes „best practice“-Regelungen der Dienstrechte anderer Bundesländer einfließen zu lassen.

- „Vereinfachung des Vergaberechts“: Hier traten in der Zwischenzeit sogar für die Gemeinden verschlechternde zusätzliche Verpflichtungen im Statistikbereich in Kraft, die neben der Sinnfrage auch

viele andere Fragen offen lassen. Der FLGÖ wird versuchen, beim zuständigen BMVRDJ bundesweit geltende erleichternde Klarstellungen zu erwirken.

Parallel wird immer wieder versucht, die Anliegen des FLGÖ möglichst breit auch medial weiterzuverbreiten, um damit bei den meinungsbildenden Personen und Stellen Aufmerksamkeit zu erreichen – zu Letzt etwa in http://www.gemeindemagazin.at/epaper/_Online-Ausgaben/2019/01_2019/.

Soweit zeitlich und inhaltlich möglich, geben wir möglichst akkordiert mit den Gemeindevertretungsorganisationen in Begutachtungsverfahren (Gesetze, Verordnungen) Stellungnahmen seitens des FLGÖ ab.

Alle leitenden Gemeindebediensteten, der FLGÖ-Dachverband und natürlich alle Landesorganisationen des FLGÖ sollten weiterhin bestrebt sein, ihre Detail- und Fachkenntnisse bei den zuständigen Stellen für Weiterentwicklungen in unserem Sinne einzubringen. Sollten wir nicht gefragt werden, sollten wir versuchen, uns bemerkbar zu machen!

Abschließend dazu aber auch eine Klarstellung: Wir wollen und können damit nicht in Konkurrenz zu etablierten politischen Gemeindevertretungsorganisationen wie Gemeindebund und Städtebund treten – wir wollen nur unsere fachliche Expertise ergänzend einbringen!

Daher abschließend Deregulierungsminister Dr. Josef Moser zitierend: „**Gemeinsam Österreich weiterentwickeln – Verwaltungsreform unter Einbindung des Öffentlichen Dienstes!**“

Schaun' wir mal...!

FLGÖ Niederösterreich
Hannes Mario FRONZ
und
Martin MITTERMAYR